



November 2008

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND November 2008

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1124 West / 376 Ost) Zusatzfragen Hessen: 1.000 Befragte (774 West / 226 Ost)	
Erhebungszeitraum:	03. bis 04. November 2008 Sonntagsfrage: 03. bis 05. November 2008 Zusatzfragen Hessen: 04. bis 05. November 2008	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND November 2008

Eine Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) geht davon aus, dass der schlimmste Teil der Banken- und Finanzkrise erst noch bevorsteht. Fast ebenso viele (59 Prozent) sehen die Verantwortung dafür vor allem in den USA. Drei Viertel (75 Prozent) bescheinigen der Bundesregierung ein schnelles und entschlossenes Krisenmanagement. Lob findet vor allem das Krisenmanagement der Bundeskanzlerin und des Finanzministers (72 bzw. 65 Prozent), während Wirtschaftsminister Glos überwiegend Kritik erntet. Mit dem Rettungspaket für die Banken kann sich die Regierung der mehrheitlichen Unterstützung der Bürger sicher sein: Sechs von zehn (62 Prozent) würden es begrüßen, wenn der Staat angesichts des eklatanten Marktversagens im Finanzsektor generell wieder stärker in die Wirtschaft eingreifen würde. Jeder Zweite (51 Prozent) befürwortet sogar eine staatliche Beteiligung an Schlüsselindustrien. Zwar ist eine Mehrheit (55 Prozent) der Auffassung, dass ihre Geldanlagen sicher sind, immerhin ein Viertel (26 Prozent) hat jedoch einen Teil der Ersparnisse anders angelegt. Das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturpaket stößt bei mehr als zwei Dritteln (68 Prozent) auf positive Resonanz. Auch die Einzelmaßnahmen kommen mehrheitlich gut an, vor allem die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen (83 Prozent). Am umstrittensten ist die Steuerbefreiung für Neuwagen (57:41 Prozent).

Die Rangliste der beliebtesten Politiker führen auch in diesem Monat Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier an, mit deren Arbeit 71 bzw. 68 Prozent zufrieden sind. Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee muss vor dem Hintergrund der Diskussion um Bonus-Zahlungen für Bahn-Vorstände einen deutlichen Sympathieverlust hinnehmen und kommt nur noch auf 25 Prozent Zustimmung.

Unmittelbar nach der gescheiterten Machtübernahme in Hessen hat die SPD beim Umgang mit der Linkspartei nach wie vor mit einem Glaubwürdigkeitsproblem zu kämpfen: 59 Prozent bezweifeln, dass die SPD auf die Machtoption nach der nächsten Bundestagswahl verzichtet, wenn diese mit Hilfe der Linken realisiert werden kann. Nur jeder Dritte (36 Prozent) hält die Versicherung der SPD-Spitze, dass es in keinem Fall zu einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei kommen wird, für glaubwürdig.

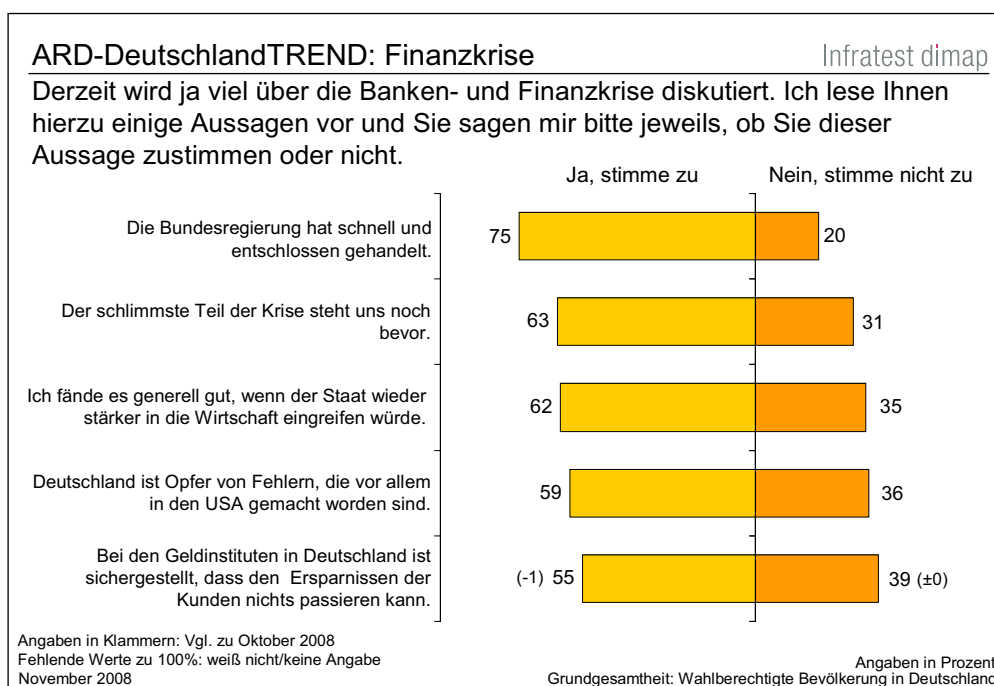
Das gute Krisenmanagement der Bundesregierung wirkt sich günstig für die Union aus (37 Prozent, +2), während die SPD vor dem Hintergrund der Vorgänge in Hessen und der anhaltenden Kritik an Verkehrsminister Tiefensee weiter im Stimmungstief verharrt (25 Prozent). Die drei kleineren Parteien Linke (12 Prozent, +1), FDP (11 Prozent, -2) und Grüne (unverändert 11 Prozent) liegen nahezu gleich auf.

Zum Tarifkonflikt der Metallindustrie meint eine knappe Mehrheit von 54 Prozent, die Einkommen sollten nur mäßig steigen, um die Unternehmen in der zu erwartenden schwierigen Lage nicht übermäßig zu belasten. Eine deutliche Lohnerhöhung, die durch die steigende Kaufkraft die Konjunktur stützt, halten demgegenüber 43 Prozent für den richtigen Weg.

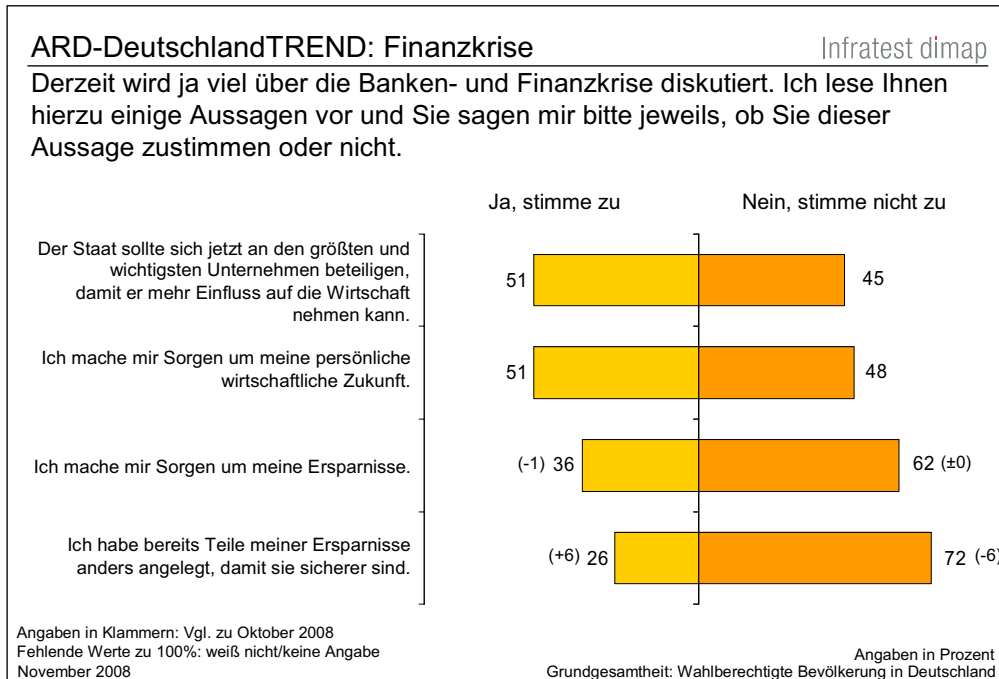
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom November, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 3. bis 4. November 1.000, für die Sonntagsfrage vom 3. bis 5. November 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Hohe Erwartungen an die Politik und breite Zustimmung für die Bundesregierung bei der Bewältigung der Finanzkrise

Die internationale Finanzkrise war in den zurückliegenden Wochen das beherrschende Thema in der Öffentlichkeit, und es spricht vieles dafür, dass sie es weiterhin bleiben wird. Davon geht auch die deutsche Bevölkerung aus: Eine Mehrheit von 63 Prozent befürchtet, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht. Fast ebenso viele (59 Prozent) sehen dabei Deutschland als Opfer von Fehlern, die vor allem in den USA begangen wurden.



Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die Entwicklung der Finanzmärkte kurzfristig ein umfangreiches Rettungspaket für die deutschen Banken verabschiedet. Dafür bekommt sie von der Bevölkerung viel Lob über alle Parteigrenzen hinweg. Drei vier Bundesbürgern (75 Prozent) bescheinigen dem Berliner Kabinett ein schnelles und entschlossenes Handeln. Eine Bedingung für die Inanspruchnahme des Programms der Bundesregierung ist, dass diejenigen Geldinstitute, die die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen, dem Bund Einfluss auf ihre Geschäftspolitik einräumen müssen. In dieser Frage kann die Bundesregierung mit einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung rechnen: Gut sechs von zehn Bürgern (62 Prozent) würden es begrüßen, wenn der Staat angesichts des eklatanten Marktversagens im Finanzsektor generell wieder stärker in die Wirtschaft eingreifen würde, etwa jeder Dritte (35 Prozent) lehnt dagegen vermehrte staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft ab.



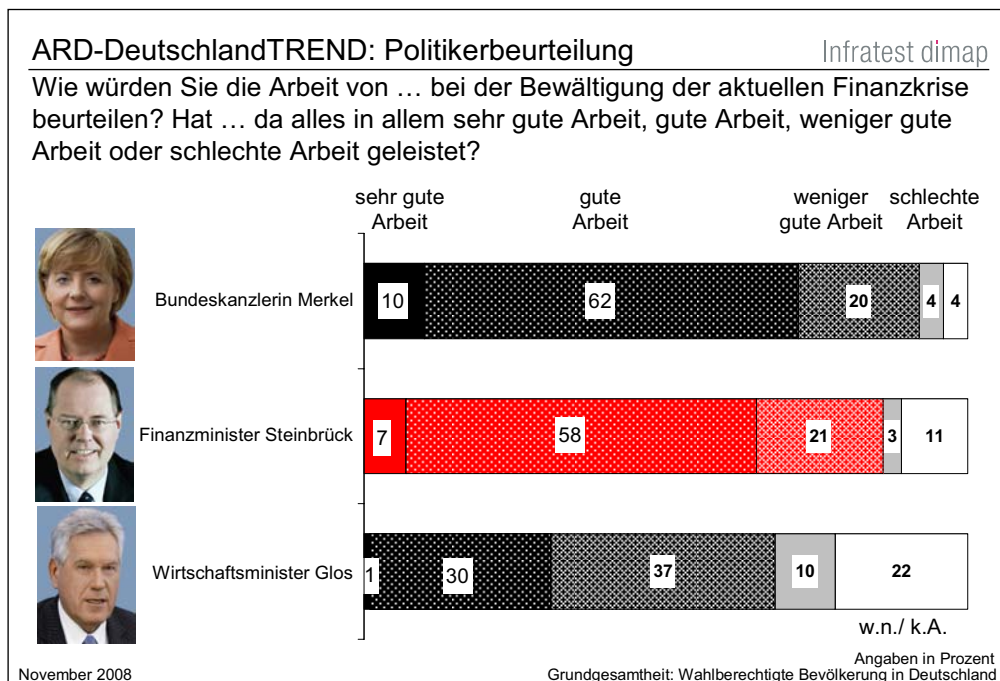
Die Befürwortung eines größeren Einflusses des Staates auf die Wirtschaft geht soweit, dass der Vorschlag einer staatlichen Beteiligung an den Schlüssel-Unternehmen eine knappe Mehrheit findet: 51 Prozent befürworten dies, 45 Prozent lehnen es ab. Auf mehrheitliche Zustimmung stoßen staatliche Unternehmensbeteiligungen bei den Anhängern der SPD (63:36 Prozent) und der Linken (68:30 Prozent). Die Anhänger der Union (43:55 Prozent), der Grünen (42:52 Prozent) und vor allem der FDP (31:62 Prozent) stehen dem zwar überwiegend skeptisch gegenüber, bei allerdings bemerkenswert hohen Zustimmungsraten für staatliche Beteiligungen.

Das Vertrauen der Bürger in die Sicherheit, die deutsche Banken für ihre Geldanlagen bieten, hat in den letzten Wochen nicht abgenommen. Wie schon im Oktober glaubt auch derzeit gut die Hälfte (55 Prozent), dass den Ersparnissen nichts passieren kann. Dementsprechend macht sich nach wie vor nur ein gutes Drittel Sorgen um die eigenen Spareinlagen. Etwas mehr Bürger als noch vor vier Wochen geben allerdings an, sie hätten einen Teil ihrer Ersparnisse anders angelegt, um sich vor Verlusten zu schützen. Dieser Anteil stieg von 20 Prozent im Oktober auf nunmehr 26 Prozent.

Auch wenn die aktuellen Auswirkungen der Finanzkrise für den Einzelnen bisher nicht als dramatisch eingeschätzt werden, hat die Krise im Bewusstsein vieler Menschen deutliche Spuren hinterlassen: Jeder Zweite (51 Prozent) macht sich um seine persönliche wirtschaftliche Zukunft derzeit Sorgen, fast ebenso viele (48 Prozent) sehen dafür allerdings keinen Anlass.

Viel Lob für Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück für deren Krisenmanagement

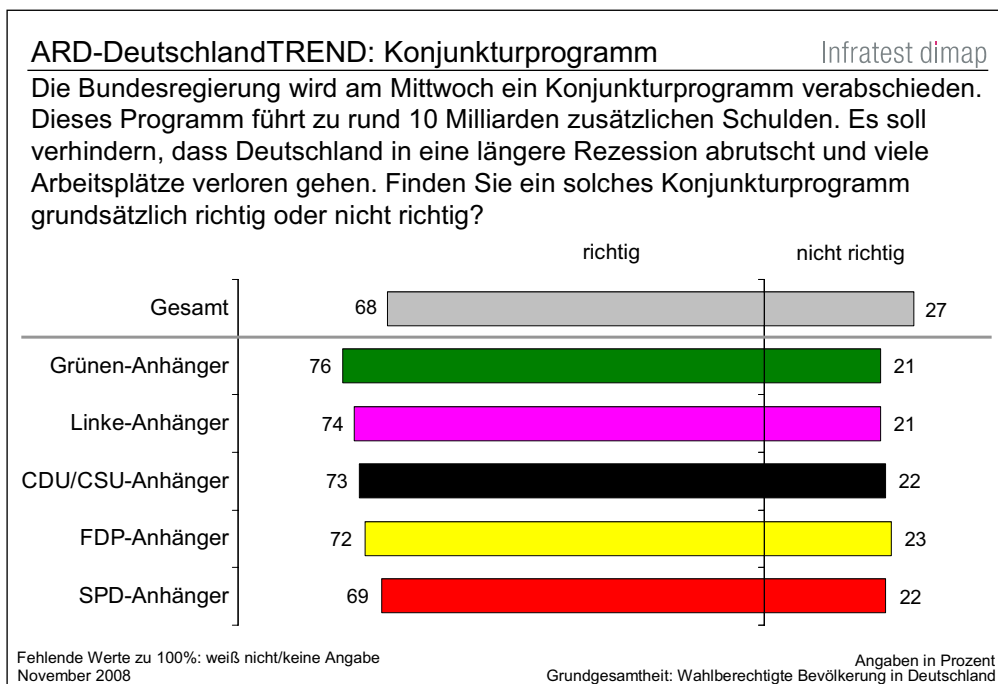
Die insgesamt sehr gute Bewertung der Krisenmanagements der Bundesregierung beruht nicht zuletzt auch auf den guten Noten, die die Kanzlerin und der Finanzminister für ihr Agieren im Zusammenhang mit der Finanzkrise von der Bevölkerung erhalten. Jeder Zehnte (10 Prozent) ist der Auffassung, Angela Merkel habe hier sehr gute Arbeit geleistet und weitere 62 Prozent bewerten ihre Arbeit als gut. Auf ähnlich große Zustimmung stößt Peer Steinbrück, dem 7 bzw. 58 Prozent eine sehr gute bzw. gute Krisenbewältigung bescheinigen. Eher kritisch äußern sich die Bürger dagegen über Wirtschaftsminister Michael Glos: 31 Prozent kommen zu einer positiven Einschätzung, 47 Prozent beurteilen seinen Beitrag eher negativ.



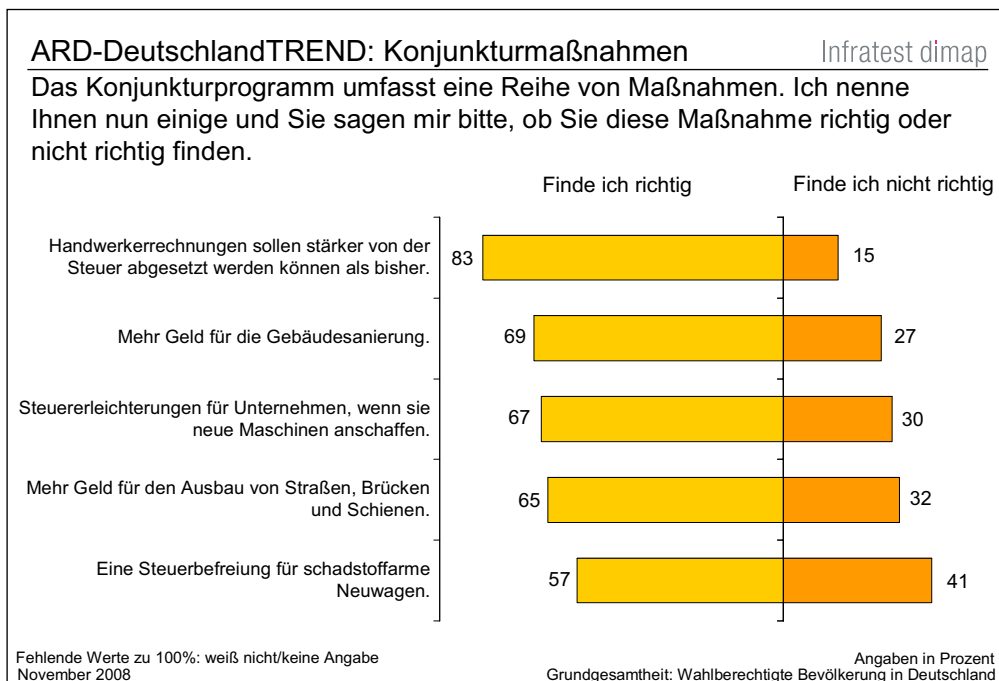
Die Bundeskanzlerin und der Finanzminister stoßen in allen Parteilagern auf große Zustimmung, selbst die Anhänger der Linken kommen mit knapper Mehrheit zu einem positiven Urteil.

Konjunkturprogramm stößt auf große Zustimmung

Angesichts der guten Noten für Bundesregierung, Kanzlerin und Finanzminister für das Krisenmanagement der letzten Wochen und der gleichzeitigen Befürchtungen, dass die Talsohle noch nicht erreicht ist, stößt auch das geplante Konjunkturprogramm mehrheitlich auf positive Resonanz: Knapp sieben von zehn (68 Prozent) unterstützen grundsätzlich die staatlichen Förderungsmaßnahmen. Einer von vier (27 Prozent) hält dagegen eine belebende Wirkung auf Wirtschaft und Beschäftigung für fraglich und lehnt eine zunehmende Verschuldung zur Bekämpfung der drohenden Rezession ab.

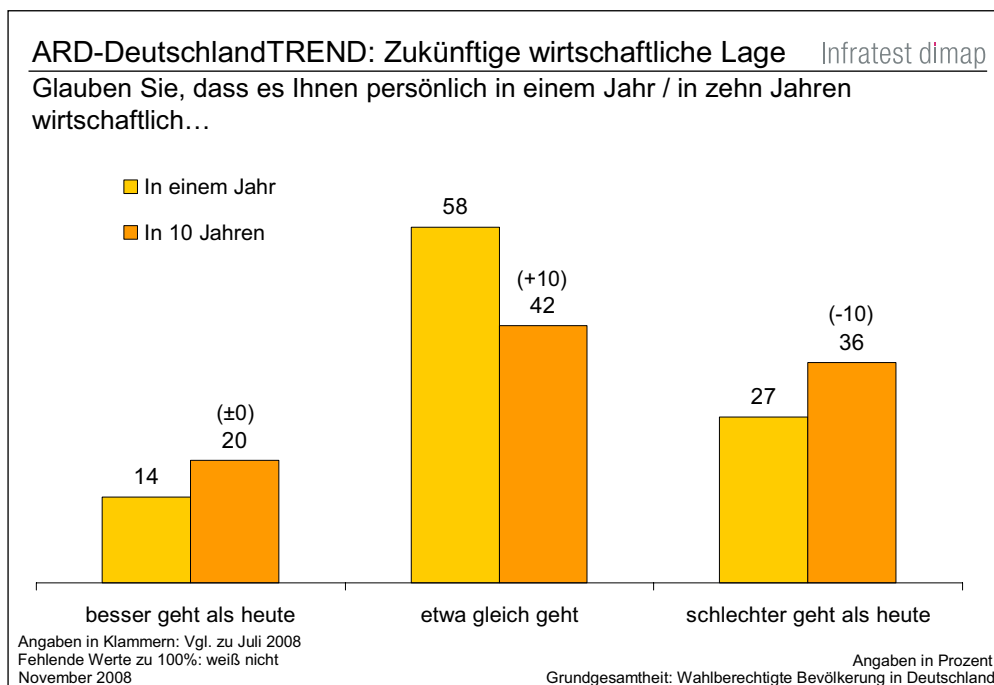


Auch die Einzelmaßnahmen des Konjunkturpakets kommen mehrheitlich gut an. Die größte Unterstützung erhält dabei die Maßnahme, die alle Haushalte direkt betrifft: Eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen begrüßen vier von fünf Bundesbürgern (83 Prozent). Etwa zwei Drittel halten die Erhöhung der Finanzmittel für die Gebäudesanierung (69 Prozent) für richtig, wovon neben Handwerk und Bürgern auch das Klima profitieren würde. Aber auch Infrastrukturmaßnahmen wie die Bereitstellung von zusätzlichen Mittel für den Ausbau der Verkehrswege (65 Prozent) sowie Steuererleichterungen für Unternehmen bei Investitionen in Maschinen (67 Prozent) finden eine ähnlich hohe Unterstützung. Die Steuerbefreiung von Neufahrzeugen, die weniger Schadstoffe ausstoßen, wird zwar von einer Mehrheit von 57 Prozent befürwortet, der Anteil der kritischen Stimmen ist hier mit 41 Prozent jedoch am größten.



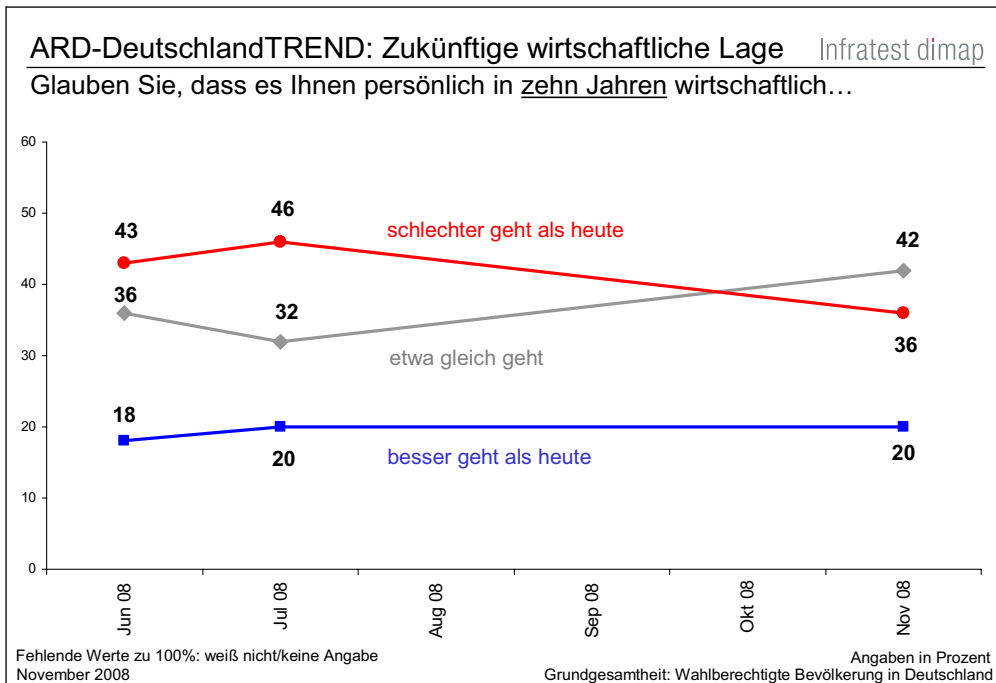
Blick auf die eigene wirtschaftliche Zukunft ist getrübt

Die Sorge um die persönliche wirtschaftliche Zukunft spiegelt sich auch in der Einschätzung der eigenen Situation in einem Jahr wider. Während in der Vergangenheit vor allem die rasante Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bei nur mäßig steigenden Einkommen die Erwartung der Deutschen dämpften, trägt nun die Banken- und Finanzkrise zusätzlich zur Verunsicherung bei. Nur 14 Prozent der Bundesbürger gehen davon aus, dass es ihnen in einem Jahr wirtschaftlich besser gehen wird als heute. Mehr als die Hälfte (58 Prozent) erwarten, dass sie ihr erreichtes Niveau halten können. Ein gutes Viertel (27 Prozent) befürchtet allerdings, in naher Zukunft schlechter dazustehen als heute.



Längerfristig geht ein Fünftel der Befragten von einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation aus: 20 Prozent rechnen mit einer positiven Entwicklung ihrer persönlichen finanziellen Lage in den nächsten 10 Jahren. Vier von Zehn (42 Prozent) erwarten keine wesentlichen Änderungen. Befürchtungen, dass sie ihren aktuellen Lebensstandard nicht halten können, haben 36 Prozent.

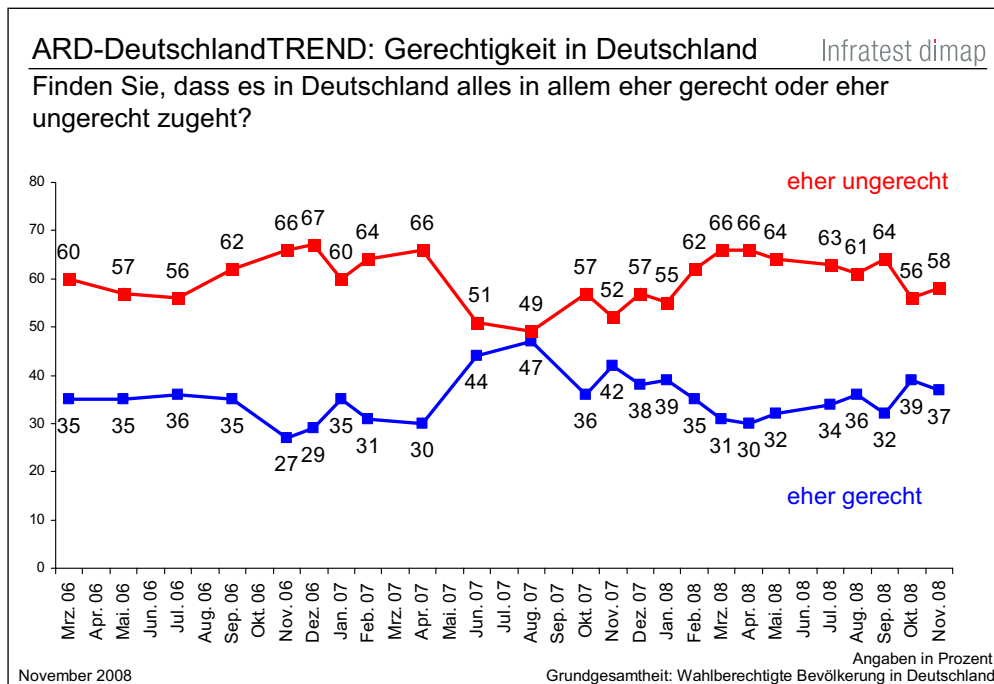
Der Anteil derjenigen, die längerfristig mit einem persönlichen finanziellen Abstieg rechnen, ist im Vergleich zum Juli dieses Jahres allerdings gesunken. Im Sommer waren die längerfristigen Zukunftserwartungen angesichts rasant steigender Preise merklich pessimistischer als derzeit. Zudem hat die Politik sowohl national als auch international mit schnellen Reaktionen auf die Finanzkrise offenbar in den Augen der Bürger Handlungsfähigkeit bewiesen, die Hoffnung auf die Bewältigung der Krise nährt.



Die längerfristigen Zukunftserwartungen sind in den verschiedenen Generationen unterschiedlich ausgeprägt. Während die jüngere Generation der 18-24jährigen zuversichtlich in die Zukunft blickt (56 Prozent sind optimistisch und nur 12 Prozent pessimistisch), sieht dies die mittlere Generation der 45 bis 59jährigen sowie die ältere Generation der über 60jährigen genau umgekehrt: Hier befürchten 47 bzw. 44 Prozent Einbußen, während nur 12 bzw. 4 Prozent positive Erwartungen haben.

Fehlende soziale Gerechtigkeit wird weiterhin beklagt

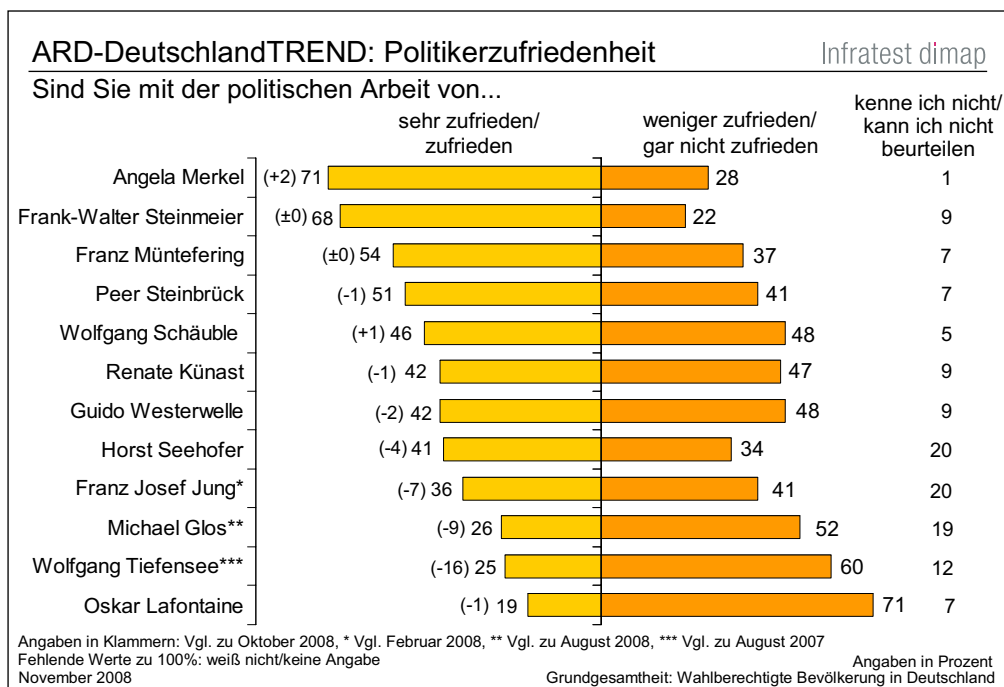
Wie schon in den vergangenen Monaten nehmen die Deutschen eine Gerechtigkeitslücke wahr. Dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht, finden 58 Prozent der Bundesbürger. Hingegen glauben 37 Prozent, dass der soziale Ausgleich hierzulande weitgehend funktioniert.



In den neuen Ländern fällt die subjektiv empfundene Gerechtigkeitslücke mit 21 Prozent positiven und 74 Prozent skeptischen Bewertungen deutlicher aus als im Westen. Der Anteil derer, die den sozialen Ausgleich als ungerecht empfinden ist im Osten deutlich gestiegen (+7), während im Westen kaum Veränderungen festzustellen sind. Insgesamt beträgt der Überhang kritischer Urteile jetzt 21 Punkte, während es im Oktober noch 17 Punkte waren.

Politikerzufriedenheit: Merkel wie im Vormonat vor Steinmeier

Auch im November führen die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der SPD-Kanzlerkandidat für das Bundestagswahljahr 2009 Frank-Walter Steinmeier die Liste der Politiker, mit deren politischer Arbeit die deutsche Bevölkerung sehr zufrieden bzw. zufrieden ist, an. Jeweils sieben von zehn Bundesbürgern schätzen die Arbeit der Spitzenpolitiker von Union und SPD. Wie im Oktober liegt die Bundeskanzlerin mit 71 Prozent wohlwollenden Urteilen vor dem Bundesaußenminister (68 Prozent). Während der Bundesaußenminister seinen Wert vom Vormonat hält, kann die Bundeskanzlerin im Vergleich zum Oktober etwas zulegen (+2).

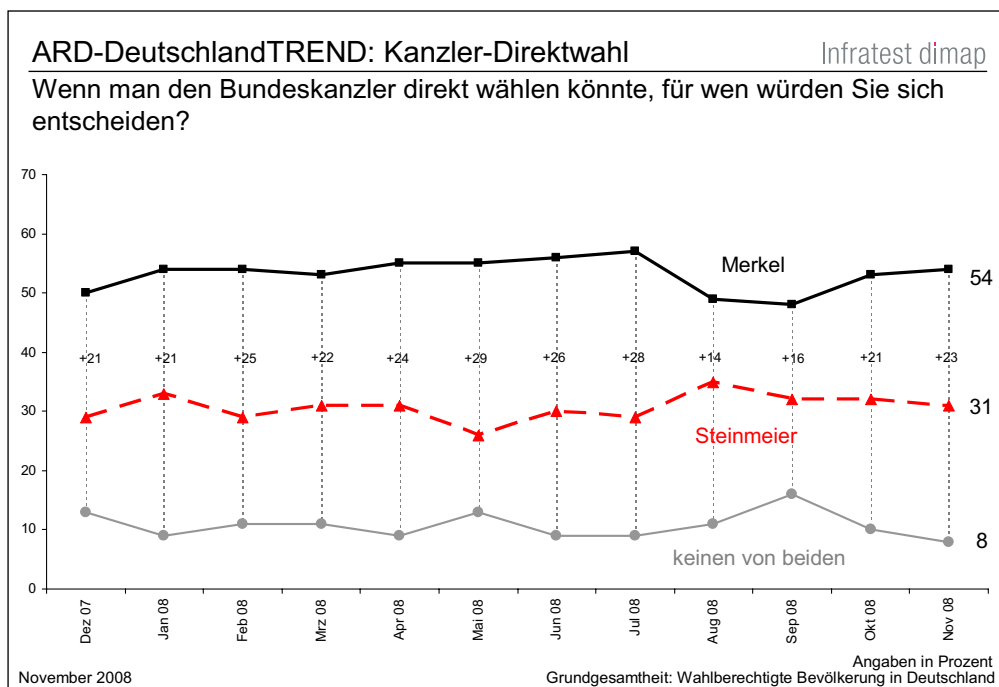


Auf Platz Drei rangiert wie in den beiden Vormonaten mit unverändertem Wert der SPD-Bundesvorsitzende, Franz Müntefering (54 Prozent). Ihm folgt Finanzminister Peer Steinbrück (51 Prozent), dessen Arbeit auch zu Zeiten der internationalen Finanzkrise weiterhin von der Hälfte der Bevölkerung wohlwollend beurteilt wird. Auf einem mittleren Rang findet sich mit leichten Zugewinnen Innenminister Wolfgang Schäuble (46 Prozent, +1). Hinter dem CDU-Politiker reihen sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast (42 Prozent, -1) sowie der FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle ein (ebenfalls 42 Prozent), der zwei Punkte verliert.

Nach seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsident in der vergangenen Woche kann Horst Seehofer nicht ganz an seine Zufriedenheitswerte aus der Zeit als Landwirtschaftsminister anknüpfen: 41 Prozent der Bundesbürger sind mit seiner Arbeit sehr zufrieden oder zufrieden (-4). Er liegt damit vor Verteidigungsminister Franz Josef Jung (36 Prozent, -7), Wirtschaftsminister Michael Glos (26 Prozent, -9) und Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (25 Prozent, -16), die derzeit deutliche Sympathieverluste hinnehmen müssen. Insbesondere Verkehrsminister Tiefensee hat im Zuge der Diskussion um die Bonus-Zahlungen, die dem Bahnvorstand im Falle einer erfolgreichen Privatisierung der Bahn zugesagt wurden, an Ansehen verloren. Schlusslicht der Politikerrangliste ist unverändert der Vorsitzende der Linkspartei Oskar Lafontaine, der einen Zustimmungswert von 19 Prozent erreicht (-1).

Kanzleralternative: Merkel vergrößert Vorsprung leicht

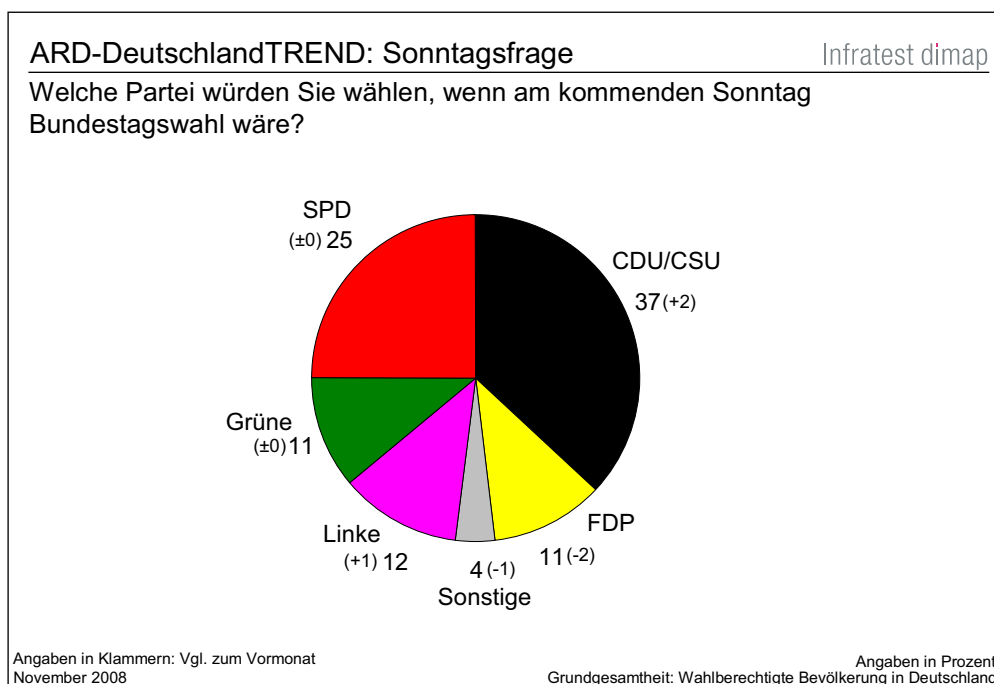
Auch wenn ein Großteil der Bundesbürger mit der Arbeit des SPD-Außenministers sehr zufrieden ist und er mit Angela Merkel in der Politikerzufriedenheit fast gleichauf liegt, hat er in der Kanzlerpräferenz gegenüber der Amtsinhaberin nach wie vor das Nachsehen. Derzeit wünschen sich 31 Prozent der Wahlberechtigten den Sozialdemokraten als Bundeskanzler. Angela Merkel kann auf 54 Prozent der Deutschen setzen und verbessert ihren Wert im Vergleich zum Vormonat leicht (+1). Steinmeier verliert im Gegenzug in gleichem Umfang an Zustimmung (-1) wodurch der Abstand zwischen den beiden Spitzenpolitikern in der Direktwahlfrage weiter wächst.



Angela Merkel kann neun von zehn der CDU/CSU-Anhänger von sich überzeugen (88 Prozent), und hat damit das eigene Lager fast geschlossen hinter sich. Der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier kann hingegen auf 63 Prozent der Anhänger der Sozialdemokraten zählen. Seinen Vorsprung auf die Amtsinhaberin baut er im eigenen Lager dennoch aus, da Merkel bei den SPD-Anhängern an Zustimmung verliert (29 Prozent).

Sonntagsfrage: Union legt zu, SPD weiter im Stimmungstief

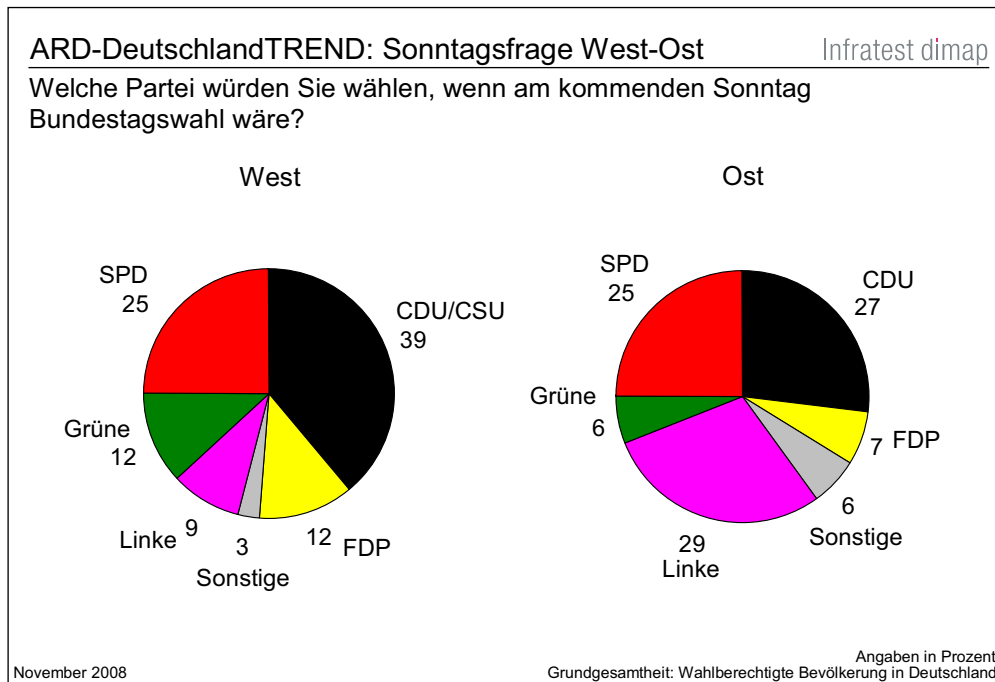
Während sich das aus Sicht der Bevölkerung gute Krisenmanagement der Bundesregierung in der aktuellen politischen Stimmung günstig für die Union auswirkt, verharrt die SPD weiter im Stimmungstief. Die CDU/CSU kann derzeit mit einem Stimmenanteil von 37 Prozent rechnen. Im Vergleich zum Oktober bedeutet dies einen Zuwachs von 2 Punkten. Vor dem Hintergrund der gescheiterten Machtübernahme in Hessen und der anhaltenden Kritik an Verkehrsminister Tiefensee stagniert die SPD bei einem Wähleranteil von 25 Prozent. Die drei kleineren Parteien liegen nahezu gleich auf: Während die Linke um einen Punkt auf 12 Prozent zulegt, muss die FDP ein Minus von 2 Punkten auf aktuell 11 Prozent hinnehmen. Unverändert würden die Grünen 11 Prozent erreichen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent der Stimmen.



Der Anteil unentschlossener ehemaliger Wähler ist bei der SPD aktuell rund doppelt so hoch wie bei den anderen Parteien. Damit leiden die Sozialdemokraten deutlich stärker unter einer Verunsicherung ihrer Klientel als unter einer Abwanderung zu den politischen Wettbewerbern.

Weil im bürgerlichen Lager den Zugewinnen der Union im gleichen Umfang Verluste der FDP gegenüberstehen, würde nach diesem Ergebnis eine schwarz-gelbe Koalition nicht über eine Mandatsmehrheit im Bundestag verfügen. Außer einer großen Koalition käme lediglich eine "Jamaika-Koalition" auf die erforderliche Mehrheit der Sitze.

In den **alten Bundesländern** legt die CDU/CSU deutlich zu und würde derzeit einen Wähleranteil von 39 Prozent (+3) erreichen. Wie in Deutschland insgesamt geht dies zu Lasten der FDP (12 Prozent, -3). Die SPD stagniert im Westen der Republik (25 Prozent). Gleiches gilt für die Grünen (12 Prozent), während die Linke zwei Punkte auf derzeit 9 Prozent zulegt.

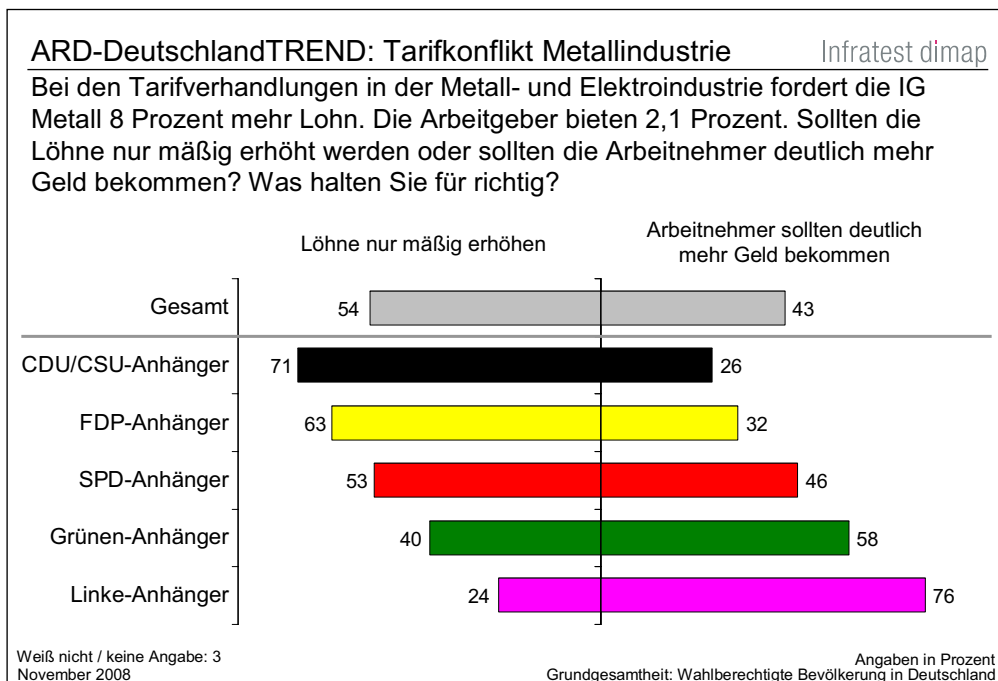


In den **neuen Bundesländern** haben sich die Wählerpräferenzen weniger stark verschoben. Die Linke bleibt hier stärkste Partei (29 Prozent, +1) vor der CDU (27 Prozent, ±0) und der SPD (25 Prozent, +1). Die Liberalen verlieren im Osten leicht (7 Prozent, -1), bleiben aber knapp viertstärkste Kraft vor den Grünen (6 Prozent, ±0).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Mehrheit für mäßige Lohnerhöhungen

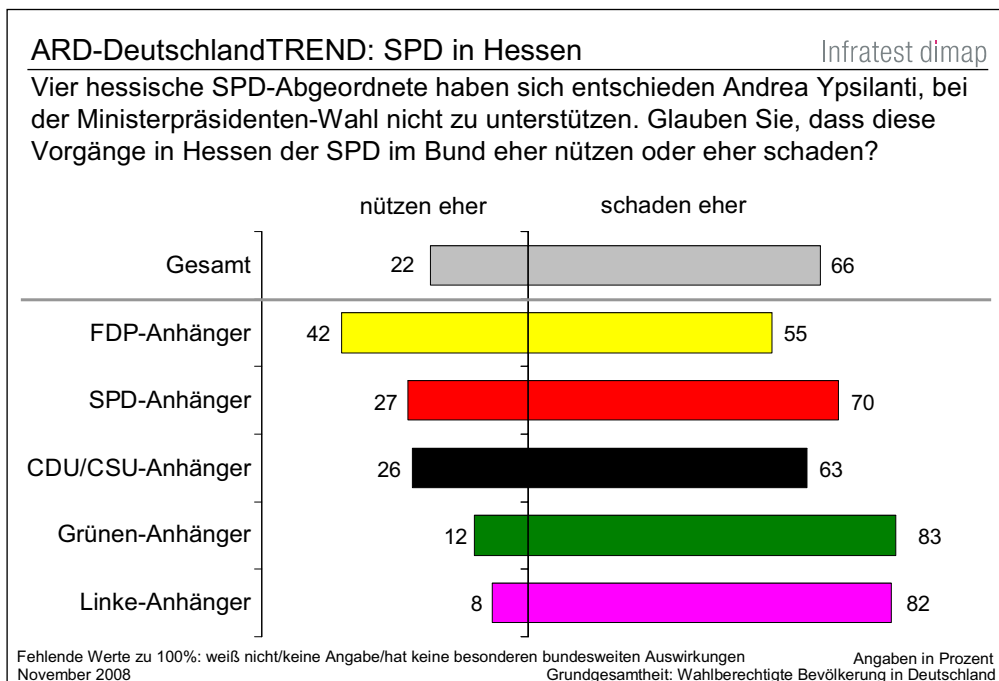
Die Vorstellungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern bei den Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie liegen weit auseinander. Den Forderungen der IG Metall von 8 Prozent steht ein Angebot von 2,1 Prozent durch die Arbeitgeber gegenüber. Deshalb wird mit einer harten Tarifauseinandersetzung, die auch Kampfmaßnahmen einschließt, gerechnet. Die Bevölkerung ist bei der Frage, ob die Argumente der Gewerkschaft oder die der Arbeitgeber mehr Gewicht haben, gespalten. Eine eher knappe Mehrheit von 54 Prozent findet, die Einkommen sollten nur mäßig steigen, um die Unternehmen in der zu erwartenden schwierigen Lage nicht übermäßig zu belasten. Eine deutliche Lohnerhöhung, die durch die steigende Kaufkraft die Konjunktur stützt, halten demgegenüber 43 Prozent für den richtigen Weg.



Die Anhänger von Union und FDP plädieren mit großer Mehrheit für die Position der Unternehmen zur Lohnzurückhaltung, während die Anhänger der Linken und der Grünen mehrheitlich auf eine klare Stärkung der Kaufkraft bauen. Die SPD-Anhänger sind in dieser Frage gespalten, wobei eine knappe Mehrheit für eine mäßige Tarifierhöhung plädiert. In den westlichen Bundesländern setzt eine Mehrheit eher auf Lohnzurückhaltung (56:41 Prozent), in den neuen Bundesländern eher auf eine deutliche Einkommenssteigerung (45:52 Prozent).

Bürger erwarten negative Auswirkungen der Vorgänge in Hessen für die Bundes-SPD

Der zweite Versuch der hessischen SPD-Chefin Andrea Ypsilanti, sich mit den Stimmen der Linkspartei zur hessischen Ministerpräsidentin wählen zu lassen, ist spektakulär daran gescheitert, dass am Tag vor der geplanten Wahl neben Dagmar Metzger drei weitere SPD-Abgeordnete Ypsilanti überraschend die Gefolgschaft verweigerten. In der Beurteilung der bundespolitischen Auswirkungen dieser Vorgänge in Hessen gehen zwei Drittel (66 Prozent) der Bundesbürger davon aus, dass dies der SPD in Berlin eher schaden wird. Lediglich rund ein Fünftel (22 Prozent) erwartet von der gescheiterten Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linkspartei in Hessen positive Impulse für die Bundes-SPD.

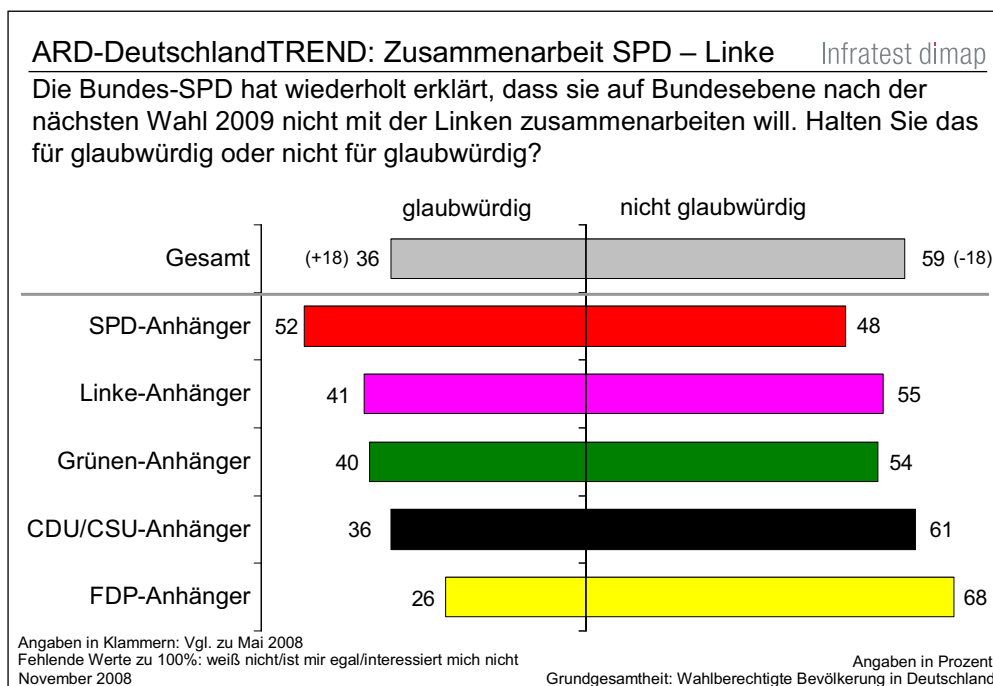


Auch in den Reihen der SPD-Anhänger gehen mehr als zwei Drittel davon aus, dass die Bundespartei Schaden genommen hat.

SPD-Absage an Zusammenarbeit mit der Linkspartei im Bund wird nach wie vor bezweifelt

Die seit Januar andauernde Diskussion um die Einbeziehung der Linken in die Regierungsbildung in Hessen berührt den Kern des strategischen SPD-Problems zum Umgang mit der Linken. Sowohl der ehemalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck als auch das neue SPD-Spitzen duo Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier haben wiederholt und mit Nachdruck eine Zusammenarbeit der SPD mit der Linken auf Bundesebene nach der nächsten Bundestagswahl 2009 ausgeschlossen.

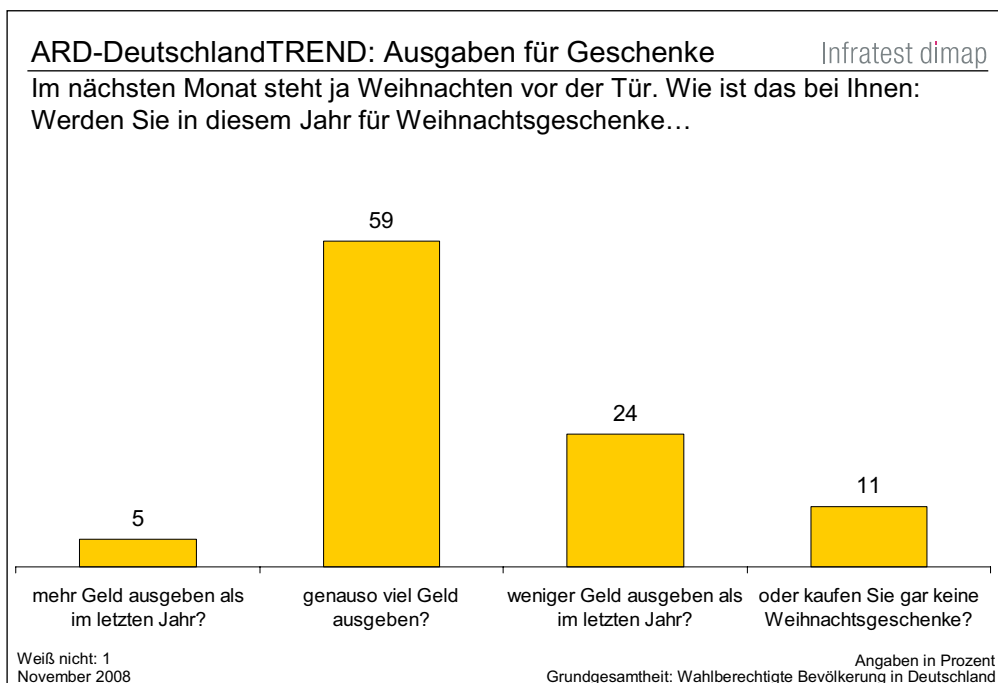
Dessen ungeachtet hat die SPD hier nach wie vor mit einem Glaubwürdigkeitsproblem zu kämpfen. Sechs von zehn Bundesbürgern (59 Prozent) bezweifeln, dass die SPD auf die Machtoption nach der nächsten Bundestagswahl verzichtet, wenn diese mit Hilfe der Linken realisiert werden kann. Nur jeder Dritte (36 Prozent) hält die Versicherung der SPD-Spitze, dass es in keinem Fall zu einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei kommen wird, für glaubwürdig.



Im Vergleich zur Umfrage im Mai ist der Anteil derjenigen zwar zurückgegangen, die die SPD-Positionierung für nicht glaubwürdig halten, die Skepsis überwiegt jedoch nach wie vor bei weitem. Selbst in den eigenen Reihen ist das Vertrauen in die Standfestigkeit der SPD aktuell begrenzt: die SPD-Anhänger sind in dieser Frage geteilter Meinung (52:48 Prozent).

Weihnachtsgeschäft eher schwächer als im letzten Jahr

Die Wochen vor Weihnachten gehören seit jeher zur umsatzstärksten Zeit für den Einzelhandel. Die Hoffnung richtet sich in diesem Jahr vor allem darauf, dass es trotz Finanzkrise und pessimistischer Konjunkturerwartungen keinen großen Einbruch beim Weihnachtsgeschäft geben wird. Nach den derzeitigen Absichten der Bundesbürger ist jedoch eher mit einem rückläufigen Umsatz zu rechnen. Lediglich 5 Prozent erklären, sie wollen dieses Jahr mehr für Geschenke ausgeben, 24 Prozent planen hingegen ihre Ausgaben zu reduzieren. Die große Mehrheit (59 Prozent) plant, genauso viel Geld wie im Vorjahr auszugeben. Jeder Zehnte hat die Absicht, gar keine Weihnachtsgeschenke zu kaufen.



Insbesondere Befragte mit niedrigen Bildungsabschlüssen wollen weniger Geld als im letzten Jahr ausgeben oder verzichten ganz auf Weihnachtsgeschenke.